

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren

Vorgestern haben 320.000 Menschen in Deutschland in sieben Städten gegen die geplanten Freihandelsabkommen TTIP, TISA und CETA demonstriert. Warum?

Die geplanten Freihandelsabkommen greifen tief in alle gesellschaftlichen Bereiche ein und legen die Axt an die Fundamente der Demokratie.

Lassen Sie mich vorrangig auf die einschneidendsten Einwirkungen auf die kommunale Selbstverwaltung eingehen.

Bis heute steht die kommunale Selbstverwaltung und Organisationsfreiheit unter besonderem Schutz. Das Grundgesetz stellt klar, dass den Gemeinden das Recht gewährleistet werden (muss), alle Angelegenheiten der örtlichen Gemeinschaft im Rahmen der Gesetze in eigener Verantwortung zu regeln (Artikel 28, Absatz 2).

Dieser besondere Schutz begründet sich aus der kommunal geregelten öffentlichen Daseinsvorsorge. Kommunen und Kreise sind zuständig für die Organisation der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung, die Energie-versorgung, den öffentlichen Nahverkehr und die Gesundheitsversorgung. Sie stellen Schulen und Kinderbetreuungseinrichtungen bereit, unterhalten diese und bieten Kultur- sowie Freizeitangebote an.

In die kommunale Selbstverwaltung greifen die geplanten Freihandelsabkommen in mehrfacher Weise massiv ein:

1. Öffentliche Auftragsvergabe: Bei öffentlichen Aufträgen von Bund, Ländern und Gemeinden werden bislang arbeitsrechtliche, umweltpolitische oder Verbraucherschutzkriterien vorgegeben oder regionale kleine und mittel-ständische Betriebe bevorzugt, um lokale Wirtschaftskreis-läufe zu fördern. Dies soll künftig nicht mehr wie bisher möglich sein.

2. Öffentliche Unternehmen: TTIP und CETA verbieten zwar nicht Unternehmen in öffentlicher Trägerschaft, zwingen diese aber nach kommerziellen Prinzipien zu wirtschaften und verschärfen den Konkurrenz- und Privatisierungsdruck. Nicht das Allgemeinwohl oder konkrete soziale und ökologische Ziele stehen im Vordergrund, sondern der Wettbewerb und der geringste Preis. Investoren können die öffentliche Konkurrenz als Verstoß gegen das Prinzip der "billigen und gerechten Behandlung" interpretieren und gegen Kommunen klagen.

3. Regulatorische Kooperation: Regulierungsräte sollen geschaffen werden, die, bevor überhaupt Parlamente, demokratisch legitimierte Gremien über Verordnungen und Gesetze entscheiden, die Blaupausen hierfür liefern und die Ausgestaltung der Inhalte vorbestimmen. Durch diesen Mechanismus sind die Interessen der multinationalen Konzerne demokratischen Entscheidungen vorgeschaltet, höhergestellt und Menschenrechte, Umwelt- und Verbraucherschutz zweitrangig.

4. Investitionsschutz: Über Schiedsgerichte- seien sie privat oder als Sondergerichtshof organisiert, sollen Investoren faktisch immer dann Schadensersatz einklagen können, wenn politische Maßnahmen ihre Gewinnerwartungen schmälern. Die Schiedssprüche sind unanfechtbar und zählen im Zweifelsfalle mehr als Urteile der bestehenden ordentlichen öffentlichen Gerichtsbarkeit.

5. Ewigkeitsgarantie: Alle erreichten Deregulierungen sollen unumkehrbar sein und neue Wirtschaftszweige unter die Liberalisierungsregeln von CETA und Co. fallen. Zudem sollen die Abkommen faktisch unkündbar sein und so vor politischen Veränderungen über den Vertragsabschluss hinaus geschützt werden.

Alle diese Regelungen beinhaltet auch CETA neben dem Abbau von Arbeitsschutzregeln dem Angriff auf Verbraucher-standards mit der Preisgabe der Vorsorgeregulung

In diesem Zusammenhang ist es absolut unverständlich von CETA als einem Abkommen mit Goldstandard zu sprechen, wie es Sigmar Gabriel tut, für das aber noch Klarstellungen verhandelt werden sollen, was immer das auch für ein bereits ausgehandeltes Abkommen bedeuten mag. CETA gibt auch allen US-Konzernen eine Handlungsgrundlage, da sie über ihre kanadischen Tochterfirmen, die CETA-Regelungen einklagen können. CETA ist also nichts anderes als das Trojanische Pferd TTIPs.

Diese Abkommen bedeuten freie Fahrt für multinationale Konzerne, verschärfte Deregulierung, Abbau sozialer Rechte und Verbraucherstandards, Eingriff in die elementaren Handlungsbereiche der kommunalen Selbstverwaltung und einen Angriff auf die Lebensbedingungen der Bevölkerung.

Aus diesen Gründen rebelliert die Bevölkerung in Europa, und auch jenseits des Atlantiks, geht zu hunderttausenden auf die Straße.

Und auch diesen Gründen haben sich auf einem Kongress in Barcelona im April 40 Städte, Gemeinden und Kommunalverbände getroffen und die Barcelonaerklärung verfasst, die mittlerweile über 2000 Kommunen in Europa und über 250 in Deutschland unterzeichnet haben.

Meine Damen und Herren, machen wir es diesen gleich und schließen uns der Barcelona-Erklärung an.

[Es gilt das gesprochene Wort]